Gleichgültigkeit schafft keine Gerechtigkeit.

Wer sich einmischt, kann auch mitmischen.

Wer zahlt die Zeche nach der Pandemie? Wie stärken wir sozial abgesicherte und fair bezahlte Arbeitsverhältnisse? Was tun wir gegen die Klimakatastrophe? Wie erreichen wir ein angemessenes Rentenniveau? Wird der boomende Paketbereich zur Fleischindustrie 2.0?

Diese und viele andere Fragen bewegen die Menschen und Medien, die Verbände und Politiker*innen. Je nach Interessenlage unterscheiden sich die Analysen und Antworten. Mit der Bundestagswahl sowie im vorgelagerten Wahlkampf erfolgen dazu entscheidende Weichenstellungen. Diese dürfen wir nicht den Arbeitgeberverbänden, Lobbyisten oder den sog. Eliten überlassen. Denn dann würden die Arbeitnehmer*innen die Zeche der Pandemie bezahlen.

Wir haben zusammen mit vielen anderen Berufsgruppen entschlossen und engagiert der Pandemie getrotzt und die Gesellschaft am Laufen gehalten. Genauso entschlossen und engagiert bringen wir uns jetzt in die Diskussionen zur Bundestagswahl ein.

Wir mischen uns ein, damit sozial abgesicherte und fair bezahlte Arbeitsverhältnisse zur Pflicht werden.

Tarifverträge garantieren faire Bezahlungen und schließen Lohndumping als Wettbewerbsvorteil in einer Branche aus. Durch Tarifflucht ist die Tarifbindung in den letzten Jahren um 23 % zurückgegangen, gleichzeitig sind die Einkommensunterschiede rapide gestiegen. Um das zukünftig auszuschließen, müssen Tarifverträge viel leichter als bisher für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Bund, Länder und Kommunen vergeben jährlich Aufträge im Wert von über 400 Mrd. Euro. Tariftreueregelungen, die die Auftragsvergabe an Firmen an deren Tarifbindung koppeln, wären ein wichtiger Beitrag zu mehr Lohngerechtigkeit. Der Mindestlohn muss armutsfest sein. Deshalb muss er durch politische Entscheidungen schnellstmöglich auf 12 € angehoben werden. Sachgrundlose Befristungen müssen ersatzlos gestrichen werden, da sie den Kündigungsschutz aushöhlen und eine sichere Lebens-und Familienplanung unmöglich machen.

Wir mischen uns ein, damit die Profitgier nicht dazu führt, dass die Klimafrage zur Überlebensfrage wird.

Wir haben die Erde von unseren Kindern und Enkelkindern nur geliehen. Um dieser Verpflichtung gerecht zu werden, brauchen wir klare Grenzwerte, Quoten und staatliche Normen für die industrielle Produktion, damit diese so schnell wie möglich umwelt- und klimaverträglicher wird. Ein ökologisch ausgerichtetes Preissystem ist dafür ein wichtiges Steuerungselement. In der EU müssen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % gesenkt werden, damit die Pariser Klimaziele erreicht werden. Wir brauchen den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und einen zukunftsgerecht ausgebauten, modernisierten, deutlich besser vernetzten und für alle bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr. Durch klare Regeln müssen geschlossene Materialkreisläufe angestrebt werden. Ziel muss ein verringerter Verbrauch von Ressourcen und ein hoher Grad an Kreislaufwirtschaft sein. Für eine sozial-ökologische Politik ist es nicht zu spät, aber höchste Zeit!

Wir mischen uns ein, damit die Rente nicht nur ein Überleben, sondern ein Leben in Würde ermöglicht.

Im Alter selbstbestimmt und in Würde leben zu können, muss das Ziel einer vorausschauenden und sozial ausgewogenen Alterssicherungspolitik sein. Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss perspektivisch mindestens 53 % des durchschnittlichen Einkommens von ArbeitnehmerInnen betragen, eine Stabilisierung auf 48 % kann nur ein Zwischenschritt sein. Die Anhebung des Renteneintrittsalters war falsch, eine Koppelung des zukünftigen Renteneintrittsalters an die steigende Lebenserwartung ist unverantwortlich. Die Grundrente muss vor Altersarmut schützen und entsprechend fortentwickelt werden. Die betriebliche Altersversorgung muss als 2. Säule die gesetzliche Rente ergänzen. Dafür sind ausreichende Beiträge der Arbeitgeber und verbesserte gesetzliche Regelungen notwendig.

Wir mischen uns ein, damit Finanzspekulationen endlich gerechter besteuert werden.

Kapitalgewinne dürfen gegenüber Arbeitseinkommen nicht weiter privilegiert werden. Dividenden, Erträge aus Investitionsfonds und Zertifikaten sowie alle privaten Veräußerungen aus Wertpapieren müssen der progressiven Einkommenssteuer unterliegen. Für Superreiche muss der Spitzensteuersatz wieder auf das unter Helmut Kohl geltende Niveau von 50 % heraufgesetzt werden. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ist überfällig, denn in Deutschland werden Vermögen nur halb so hoch besteuert, wie im Durchschnitt der Industriestaaten. Die Finanztransaktionssteuer muss endlich eingeführt werden, möglichst auf EU-Ebene. Wenn sie in Brüssel nicht durchsetzbar ist, muss die Einführung auf nationaler Ebene erfolgen. Eine gerechte Steuerpolitik ist ein zentrales Element für einen modernen Sozialstaat. Die Pandemie hat deutlich gemacht: Wir brauchen eine starke und nachhaltige Initiative für den Ausbau und die Modernisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Infrastruktur.

Als Postler*innen engagieren wir uns natürlich auch für nachhaltige Verbesserungen in unserer Branche. Wir versorgen täglich bis zu 41,5 Millionen Haushalte mit Briefen und Paketen, und dies bei Hitze, Regen, Schnee oder Eis.

Wir mischen uns ein, damit ein neues Postgesetz einen zeitgerechten Service für Kunden und soziale Fairness für Arbeitnehmer garantiert.

Ein neues Postgesetz muss eine flächendeckende Zustellung werktäglich garantieren, Verbraucherrechte verbessern und die Entwicklung neuer Serviceangebote, vor allem mit Blick auf eine alternde Bevölkerung, anstoßen. Es muss den Universaldienstleister auch dazu anhalten, den Handel mit attraktiven Onlineangeboten und Zustelllösungen zu unterstützen- auch, um damit einen Beitrag zum Schutz des lokalen Mittelstands vor marktbeherrschenden Plattformbetreibern zu leisten. Eine flächendeckende, hochwertige Postdienstleistung muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge bleiben. Nur wenn der Staat auch weiterhin einen prägenden Teil der Aktien der DP hält, kann verhindert werden, dass die Profitgier von BlackRock oder anderen Spekulanten die Leitgedanken der öffentlichen Daseinsvorsorge untergräbt. Ein neues Postgesetz muss auch für soziale Fairness sorgen. Tarifliche und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sind zu schützen, die Branche muss bezogen auf die Arbeitsbedingungen sozial neu ausgerichtet werden. Wer sich am Markt bewegt, muss reguliert werden. Lizenzen dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die tarifgebunden sind. Die Zustellung ist als Kerngeschäft zu definieren. Die Tarifbindung sowie die Zahlung von Steuern und Sozialabgaben ist regelmäßig nachzuweisen. Werkverträge und Nachunternehmerketten müssen verboten werden.

Ein neues Postgesetz muss auch ökologische Vorgaben durchsetzen

Der Ressourcenverbrauch der Post- und Paketdienstleister muss minimiert werden. Deshalb muss ein neues Postgesetz bei der Lizenzvergabe ökologische Standards für die Logistikkette, die stationäre Bearbeitung und die Zustellung vorgeben. Die Anbieter müssen eine CO_2 - freie Zustellung gewährleisten, Umwelttrainings für Beschäftigte vorsehen und eine regelmäßige Öko-Bilanz vorlegen.

Wir mischen uns ein, damit sich die Arbeitsbedingungen im boomenden Paketbereich nicht zur Fleischindustrie 2.0 entwickeln.

Mit unsozialen Formen der Zustellorganisation ist AMAZON derzeit dabei, dem Markt für Paket- und Warensendungen seinen Stempel aufzudrücken. Scheinselbstständigkeit, Sub- und Subsubunternehmertum kennzeichnen das Geschäftsmodell des Online-Riesen. Zugestellt wird z.T. mit Privatfahrzeugen und zu ausbeuterischen Bedingungen. In Deutschland geltende Schutzgesetze werden ausgehebelt, indem man seinen Sitz kurzerhand ins Ausland verlegt. Wie in der Fleischindustrie schauen die Behörden weg, z.B. die Bundesnetzagentur, oder erklären, dass sie keine zureichende gesetzliche Handhabe hätten. Tariflich entlohnte und sozial abgesicherte Arbeitsplätze geraten so immer stärker unter Druck. Arbeitsplätze mit einem Verdienst, von dem man zwar nicht reich werden, aber eine Familie ernähren kann, stehen in der neuen „Boombranche“ mittelfristig auf dem Spiel. Deshalb muss auch im Kerngeschäft der Paketdienstleister (Sortierung und Auslieferung) der Einsatz von Fremdpersonal sowie die Nutzung von Werkverträgen und Nachunternehmerketten verboten werden.

WIR MISCHEN UNS EIN!

www.Postler-Wahlinitiative.de

Die vorstehenden Punkte enthalten zwar längst nicht alle, aber zentrale gesellschafts- und branchenpolitische Forderungen. Diese und andere Punkte setzen sich nicht von alleine um, sondern brauchen die Unterstützung engagierter Menschen. Nur wer uns bei diesen Forderungen solidarisch zur Seite steht, kann mit unserer Unterstützung bei der Bundestagswahl rechnen.

V.i.S.d.P.: R. Büttner, Dr. Gebauer Str. 49, 55411 Bingen